

### Inhalt:

**Seite 1:** Die Landtagssitzung vom 12. und 13. November 2009 im Überblick / **Seite 4:** Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung / **Seite 6:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 6:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 7:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 8:** Lesetipps

## Die Landtagssitzung vom 12. und 13. November 2009 im Überblick

Im folgenden werden - in der Reihenfolge des tatsächlichen Ablaufs - in knapper Form der jeweilige **Gegenstand und das Beratungsergebnis** dargestellt.

Es erfolgt zudem eine Konzentration auf die aus Sicht der Redaktion wichtigsten Tagesordnungspunkte, eigenständige Anträge der LINKEN finden hier **keine Berücksichtigung**, sie werden gesondert vorgestellt. Einen **vollständigen Überblick** zu den Beratungsergebnissen bietet die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags. Die **Verlinkung** des jeweiligen Tagesordnungspunktes verweist im übrigen in der Regel auf genau diese Seiten. Hier sind alle Originalredebeiträge als Videoclip zugänglich, der Verweis auf das jeweilige [Redemanuskript](#) liefert oft eine etwas abweichende Darstellung, es gilt in jedem Falle das gesprochene Wort.

Der Tag beginnt mit der [Vereidigung eines Mitglieds der Landesregierung](#). Landwirtschafts- und Umweltministerin gibt ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen auf, die Nachfolge tritt ihr bisheriger Staatssekretär Hermann Onko Aeikens an. Die Sache ist binnen dreier Minuten erledigt.

Sie war angekündigt – die [Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Prof. Dr. Böhmer zum Thema: „Zur Freiheit befreit“](#). Der wesentliche Inhalt seiner Erklärung, die zumindest streckenweise auch bei der LINKEN Beifall findet, ist [hier](#) nachzulesen. Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE **Wulf Gallert** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) verweist auf den zentralen Dissens: „Herr Böhmer, Sie vertreten nun seit einigen Jahren die These, dass eine Gesellschaft, die frei ist bei der Verteilung von Ressourcen, bei der Garantie sozialer Gerechtigkeit, bei der Gewährung von sozialer Sicherheit an ihre Grenzen stößt, diese gesellschaftlichen Zielvorstellungen also nur sehr beschränkt umsetzen kann, weil sie ansonsten in eine Diktatur verwandelt wird. Ich sage ausdrücklich, wir teilen diese Position nicht, wir halten sie sogar für ausgesprochen gefährlich. Unsere gesellschaftliche Zielvorstellung bleibt eine Gesellschaft, in der Freiheit und Gerechtigkeit gleichwertige Grundwerte darstellen, ja sich gegenseitig bedingen. ... Offensichtlich sind die Bürger von Sachsen-Anhalt viel überzeugter als Sie, Herr Böhmer, dass die freiheitlich demokratische Grundordnung in der Lage ist, Freiheit, Gleichheit und Sicherheit miteinander zu verbinden. Wir möchten die Menschen in diesem Land in dieser Überzeugung bestärken und werden alles dafür tun, die Grundlagen für diese Überzeugung zu verbessern im Interesse der vor 20 Jahren gewonnenen Freiheit und im Interesse der Menschen hier in Sachsen-Anhalt.“

Beschlüsse in der Sache werden anlässlich einer Regierungserklärung nicht gefasst.

Im Rahmen einer Aktuellen Debatte will die SPD die [Auswirkungen der CDU/CSU-FDP-Koalitionsvereinbarung des Bundes auf Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2270\)](#) näher beleuchten. Die SPD-Fraktionsvorsitzende **Katrin Budde** spart nicht mit Kritik. Es sei schon ein Novum in der bundesrepublikanischen Geschichte, dass nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen niemand so genau wisse, wohin die Reise gehen werde, aber sofort nach dem Beschluss des Koalitionsvertrages Arbeitsgruppen eingerichtet würden, die den Koalitionsvertrag nun deuten sollten. Dem kann sich der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion **Dr. Frank Thiel** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) nur ausdrücklich anschließen, er betont:

„Die neue Regierung setzt auf die „Selbstheilungskräfte“ der Wirtschaft und auf starkes Wachstum, nicht auf die solidarische Gesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger. Die Koalition gibt keine neuen Antworten auf die aktuellen Probleme, mit denen Gesellschaft und Wirtschaft durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert sind, ja sie unternimmt nicht einmal den Versuch einer Analyse, was zur tief greifenden Wirtschafts- und Finanzkrise geführt hat.“ Der Bund betreibe seine Politik auf Kosten der Länder, das Land agiere auch nicht anders, es saniere sich auf Kosten der Kommunen. Auch hier werden keine Beschlüsse gefasst.

Das [Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 \(Drs. 5/2020; Drs. 5/2230\)](#) passiert den Landtag in zweiter Beratung ohne Debatte, alle Fraktionen stimmen zu.

Es folgt die abschließende Behandlung zum [Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und zur Förderung der frühkindlichen Bildung \(Drs. 5/1331; Drs. 5/2267\)](#). Im Juni 2008 hatte die Landesregierung den Entwurf vorgelegt, auch hier war es wieder eine schwierige Geburt. Die kinder-, jugend- und familienpol. Sprecherin der LINKEN **Eva von Angern** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) betont, es sei richtig gewesen, dass der Ausschuss für Recht und Verfassung den ersten Gesetzentwurf wegen verfassungsrechtlicher Bedenken gestoppt habe. Und sie mahnt: „Gesetze allein werden die Zivilgesellschaft natürlich nicht ersetzen. Ich denke, wir alle müssen weiter hinschauen und dürfen nicht wegschauen, wenn wir Fälle von Kindeswohlgefährdung erkennen, weder aus Angst noch aus Gleichgültigkeit.“ CDU und SPD stimmen dem Gesetz zu, LINKE und FDP enthalten sich der Stimme.

Der [Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2282; Drs. 5/2021; Drs. 5/2045; Drs. 5/2238\)](#) steht zur Abstimmung, es geht u.a. um Beiträge der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung. Der umweltpol. Sprecher der LINKEN **André Lüderitz** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) spricht von einem Trauerspiel der Landesregierung, dessen letzter Akt wohl auch mit diesem Gesetz nicht eingeläutet sei: „Ob dieses Gesetz in der vorliegenden Fassung wirklich zu mehr Rechtssicherheit für die Kommunen und Unterhaltungsverbände führt, werden die beiden nächsten Jahre zeigen. Ich sehe das sehr skeptisch. Meine Fraktion wird diesem Gesetz ... nicht zustimmen können.“ Bei der Abstimmung sind die Fronten übersichtlich – LINKE und FDP sind dagegen, die Koalition ist dafür. Damit ist das Gesetz beschlossen.

Deutlich harmonischer verläuft die Behandlung eines [Siebten Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2207 neu; Drs. 5/2247\)](#). Einer nochmaligen Debatte bedarf es nicht, die Fraktionen geben dem Gesetz ihre Zustimmung.

Aufgerufen ist der [Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Landesbeamtenrechts \(Drs. 5/2281; Drs. 5/1710; Drs. 5/2266; Drs. 5/2268\)](#). Die Sprecherin der LINKEN für Verwaltungsmodernisierung **Dr. Helga Paschke** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) verweist auf die Problematik der Sache: „Allein die Tatsache, dass dieses Gesetz ursprünglich am 1. April des Jahres in Kraft treten sollte, ist Indiz dafür: Wir mussten doch eine ganze Zeit lang üben. Ein Vollgesetz zu einem so schwierigen Themenkomplex zu gestalten, machte die ganze Herausforderung deutlich, die uns durch die Föderalismusreform auferlegt wurde.“ Auch nach der Verabschiedung dieses Gesetzes bliebe noch genug zu tun, nicht zuletzt die Gleichstellung der Beamten aus den ehemals neuen und alten Bundesländern nach 20 Jahren deutsche Einheit. Dem Änderungsantrag Drs. 5/2268 wird gefolgt und der Beschlussempfehlung Drs. 5/2266 in so geänderter Fassung zugestimmt. Das Gesetz ist damit mit den Stimmen der Koalition beschlossen, die Opposition enthält sich. Dem Entschließungsantrag Drs. 5/2281 wird von allen Fraktionen zugestimmt.

Ebenfalls abschließend wird der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung umweltrechtlicher Rechtsvorschriften \(Drs 5/1972; Drs. 5/2237\)](#) behandelt, es geht um die Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an EU- und Bundesrecht. Der umweltpol. Sprecher der LINKEN **André Lüderitz** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) bemerkt, die Gesetzesanpassung sei erforderlich, erfolge aber viel zu spät. Und er benennt den Hauptkritikpunkt: „... dort, wo Handlungsspielraum bestand, haben sich die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen auf eine maximale Einschränkung der Bürgerinformationen verständigt und dies in Gesetzestext gegossen.“ Das bedeute nicht weniger, als eine Aushebelung Umweltinformationsgesetzes des Bundes. Bei der Abstimmung ein gewohntes Bild, die Koalition stimmt zu, die Opposition enthält sich der Stimme.

Den [Entwurf einer Neufassung des Maßregelvollzugsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2263\)](#) legt die Landesregierung vor. Das Gesetz stammt aus dem Jahr 1992, seine Änderung soll bundesgesetzlichen Vorgaben sowie dem Fortschritt in der technischen und medizinischen Entwicklung Rechnung tragen.

Für DIE LINKE verweist deren Abgeordnete **Eva von Angern** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) auf die große Sensibilität dieses Bereiches und fordert: „Nun muss geprüft werden, ob all die Dinge, die in dem Gesetzentwurf eine Veränderung erfahren haben, auch tatsächlich rechtlich erforderlich sind. Wir müssen jede Veränderung, teilweise auch Verschärfung, des Gesetzes daraufhin prüfen, ob sie tatsächlich erforderlich und vor allem auch verhältnismäßig ist.“

Der Gesetzentwurf wird einstimmig in die Ausschüsse für Soziales sowie Recht und Verfassung überwiesen.

Ebenfalls von der Landesregierung stammt der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbank-Begleitgesetzes \(Drs. 5/2264\)](#), es geht – im weiten Sinne – um die Nutzungsmöglichkeiten des Eigenkapitals der Bank. Der wirtschaftspol. Sprecher der LINKEN **Dr. Frank Thiel** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) sieht Diskussionsbedarf: „Wenn man sich in § 4 der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank deren Aufgabengebiete anschaut, stellt man fest, dass es im Wesentlichen sechs Aufgaben sind: erstens Umsetzung der EU-Fördermaßnahmen, zweitens Beteiligung an Projekten im Gemeinschaftsinteresse mit anderen europäischen Finanzinstitutionen, drittens Gewährung von Darlehen und anderen Finanzierungsformen an Gebietskörperschaften, viertens Treuhand- und Verwaltungsgeschäfte aus öffentlichen Mitteln, fünftens Maßnahmen rein sozialer Art und sechstens sonstige Aufgaben im öffentlichen Interesse. Welche Tätigkeiten der Investitionsbank sind denn damit noch nicht erfasst?“

Diese Diskussion wird nun in den Ausschüssen für Finanzen sowie Wirtschaft und Arbeit erfolgen, dorthin wird der Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Der zweite Beratungstag beginnt mit der Aussprache zur großen Anfrage der CDU [Geschichte der DDR im Unterricht an Schulen des Landes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/1907; Drs. 5/2057\)](#). Die CDU-Abgeordnete **Eva Feußner** sieht bei Schülerinnen und Schülern eklatante Wissenslücken zur DDR-Geschichte, die Schlimmes befürchten ließen. Sie plädiert für ein konsequentes Wirken der für die Vermittlung historischer Kenntnisse verantwortlichen Lehrkräfte. Und sie wünscht sich offensichtlich Eindeutigkeit - wer die DDR-Geschichte im Ergebnis differenzieren wolle, der verkenne, dass zu viel Differenzierung der Nivellierung und Relativierung Tür und Tor öffne. Der bildungspol. Sprecher der LINKEN **Matthias Höhn** (s.

[Redemanuskript](#) und [Video](#)) warnt davor, die Gestaltung von Lehrplänen und die Unterrichtsmittel bis hin zur Frage, welches Buch im Unterricht verwendet werde, zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung machen. Und er fügt hinzu: „Es geht eben nicht nur um die Frage, welche Fakten abrufbar sind, sondern auch darum, ob die Schule mit der Art und Weise, wie Bildung vermittelt wird und wie wir den Unterricht gestalten, in der Lage ist, Zusammenhänge deutlich zu machen und junge Menschen fit zu machen, sich kritisch mit Sachgegenständen auseinanderzusetzen, Zusammenhänge zu erkennen bzw. die Neugierde zu wecken, auch für sich selbst einmal etwas zu recherchieren und nachzuforschen. Das ist die zentrale Aufgabe, die wir bildungspolitisch haben.“

Eine Beschlussfassung ist nicht vorgesehen.

[Dritter Zwischenbericht der Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“ \(Beschluss des Landtages - Drs. 5/21/638 B; Drs. 5/2248\)](#), so lautet der nächste Tagesordnungspunkt. Die Sprecherin der LINKEN für Verwaltungsmodernisierung **Dr. Helga Paschke** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) unterstreicht: „Wir sind zu der festen Überzeugung gelangt, dass wir hinsichtlich einer aufgabenbezogenen Personalentwicklung eigentlich noch keinen Schritt weiter gekommen sind.“ Der bisherige Umgang mit Neueinstellungen, die laut Personalentwicklungskonzept möglich seien, müsse der Vergangenheit angehören. Zudem müsse die Landesregierung den aktuellen Stand der Aufgabenkritik entsprechend der einheitlich festgelegten ressortübergreifenden Kriterien darstellen und den jeweils zu deren Erfüllung erforderlichen Personalbedarf aufgabenkonkret nachweisen.

Einstimmig wird der Bericht zur Kenntnis genommen, die Enquetekommission wird zunächst bis zum 31.12.2010 weiterarbeiten.

Die FDP wünscht eine [Neustrukturierung der Beratungslandschaft in Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2252; Drs. 5/2283; Drs. 5/2287\)](#), dazu legen sowohl die Koalition wie auch DIE LINKE je einen Änderungsantrag vor. Die FDP fordert die Landesregierung auf, bis zum II. Quartal 2010 ein Konzept für die zukünftige Ausgestaltung der Beratungslandschaft zu erarbeiten, die Koalition will das bis zum III. Quartal 2010, DIE LINKE (s. auch unten) zielt auf allem auf die kommunale Ebene.

Angenommen wird letztlich der Änderungsantrag der Koalition, LINKE und FDP enthalten sich.

Der so genannte „Fall Madl“ war ja breit in der Presse dargestellt, nun soll noch seine [Abwahl aus der Parlamentarischen Kontrollkommission](#) erfolgen. Die gelingt auch knapp. Was nicht gelingt, ist die Neuwahl eines von der CDU vorgeschlagenen neuen und eines stellv. Mitglieds.

Als dies feststeht, verweist der CDU-Fraktionsvorsitzende [Jürgen Scharf](#) darauf, dass CDU und SPD die notwendige Stimmzahl alleine aufbringen könnten. Dies sei nicht geschehen, und darüber sei in den Fraktionen zu reden.

In der nächsten Landtagssitzung soll es nun einen neuen Anlauf geben.

**800 Jahre Anhalt (Drs. 5/2269)** sollen, so wünschen es CDU und SPD, stärker in den Fokus des Interesses rücken. Die Landesregierung möge ihre Vorstellungen zur konzeptionellen Vorbereitung der 800-Jahr-Feier Anhalts im Jahr 2012 darlegen. Die Abgeordnete der LINKEN **Dr. Angelika Klein** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)), ihres Zeichens Historikerin, bemerkt dazu: „Es steht außer Frage, dass Anhalt für unser Land von konstituierender Bedeutung ist, ansonsten hätten wir nicht den Doppelnamen Sachsen-Anhalt. Von daher ist es folgerichtig, dass die Anhalter das Engagement des Landes für ihr Jubiläum einfordern.“ DIE LINKE unterstütze die Forderung an die Landesregierung, ein Konzept für die Vorbereitung der 800-Jahr-Feier vorzulegen sowie deren finanzielle Absicherung aufzuzeigen, die organisatorische Untersetzung und auch die touristische Nutzung darzustellen. Natürlich bedürfe es auch des Blicks auf den Haushaltsplan, um deutlich sagen zu können, welche Jubiläen finanziell wie gefördert werden könnten. Alle Fraktionen stimmen dem Antrag zu.

## Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN

---

Der Bericht zu den parlamentarischen Initiativen der LINKEN erfolgt in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#) für diese Landtagssitzung.

### **TOP 17: [Modellprojekt „Grundschule & Theater“](#) ([Drs. 5/2253](#))**

Der Antrag zielt darauf, Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft während des Besuchs der Grundschulen mindestens ein für sie kostenfreies Theatererlebnis in ihrer Heimatregion ermöglichen. In der Antragsbegründung heißt es: „Oftmals ist die soziale Herkunft eines Kindes dafür ausschlaggebend, ob es die Möglichkeit hat, an einem Theaterbesuch teilzunehmen oder nicht. Soziale Herkunft dürfen ... keinem Kind den Zugang zu Kunst und Kultur und somit auch zu Theater versperren.“ Der kulturpol. Sprecher der LINKEN **Stefan Gebhardt** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) stellt dazu fest: „Wer im Kindesalter keine Theatervorstellung gesehen hat, der wird in den allermeisten Fällen auch später keinen Zugang zum Theater finden. Theater erleben, sich damit auseinandersetzen und selbst versuchen, eine Rolle zu spielen, fördert die Kreativität, es schult, sich mit Inhalten spielerisch zu beschäftigen, es regt unglaublich die Konzentration und natürlich auch die Fantasie eines Kindes an. Kurz gesagt: Theater tut Kindern unglaublich gut.“ Der Antrag wird in den zuständigen Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur überwiesen.

### **TOP 18: [Sofortiger Abschiebungsstopp für Roma und andere Minderheitenangehörige aus dem Kosovo](#) ([Drs. 5/2254](#))**

Der Antrag wird u.a. wie folgt begründet: „Auch Berichte von Menschenrechtsorganisationen machen deutlich, dass im Kosovo ein effektiver Schutz von Minderheiten noch lange nicht existiert. Die Europäische Kommission hat in ihrem letzten Fortschrittsbericht zum Kosovo darauf hingewiesen, dass aufgrund der Schwäche der Verwaltung des Kosovo die Rechtsstaatlichkeit nicht gewährleistet sei. Die Bedingungen für eine dauerhafte Rückkehr von Flüchtlingen seien weiterhin ungünstig. Aus diesen Gründen sind ein Abschiebungsstopp und eine umfassende Bleiberechtsregelung für diese Personengruppen dringend erforderlich.“ Die migrationspol. Sprecherin der LINKEN **Dolores Rente** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) bekräftigt dies: „In Sachsen-Anhalt leben nach Information des Innenministeriums ca. 390 Menschen der Romageinschaften, zumeist in der Duldung. Meine Fraktion fordert daher die Landesregierung auf, sich für eine Lösung zugunsten der Romageinschaften und der anderen Minderheiten einzusetzen. Unsere Forderung für ein Bleiberecht hat aber noch einen anderen Aspekt. Wir halten die Einstellung der Bundesregierung nicht nur für unverantwortlich, sondern auch für geschichtsvergessen. Die Bundesrepublik hat durch ihre Beteiligung am Nato-Angriffskrieg gegen Jugoslawien die Vertreibung der Roma aus dem Kosovo durch die UCK erst ermöglicht.“

Der Verweis der Bundesregierung auf die „Altfallregelung“ hilft nicht wirklich weiter, denn sie sieht ein Bleibe-recht nur nach ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen vor, die ausgegrenzte Roma häufig nicht erfüllen können.“ [Innenminister Hövelmann](#) kann all dem nicht folgen, er könne auch nicht erkennen, dass die Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Art und Weise daran Mitschuld trage, dass Roma aus dem Kosovo vertrieben worden seien. So empfiehlt er denn die Ablehnung des Antrages, CDU, SPD und auch FDP folgen ihm hier einhellig – der Antrag wird abgelehnt.

### **TOP 19: Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft (Drs. 5/2255)**

Der Antrag klingt nicht sonderlich aufregend, ist es aber durchaus - die Landesregierung soll darauf hinwirken, dass die Bundesbeteiligung nicht von 26 % auf 23,6 % abgesenkt wird. In der Antragsbegründung heißt es dazu: „Da im Jahr 2010 mit einem weiteren Anstieg der Kosten der Unterkunft zu rechnen ist, würde das zu weiteren Mehrbelastungen der Kommunen führen. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften rückläufig. Durch die im gleichen Zeitraum erheblich gestiegenen Energiepreise sind die tatsächlichen Kosten der Unterkunft jedoch nicht gesunken. Vielmehr verzeichnet sich ein stetiger Anstieg der Kosten für Unterkunft und Heizung, welcher sich auch im Jahre 2010 fortsetzen wird.“ Für die Arbeitsmarktpol. Sprecherin der LINKEN [Sabine Dirlich](#) (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) liegen die Konsequenzen auf der Hand: „Der Bundesanteil soll von durchschnittlich 26 % auf 23,6 % abgesenkt werden. Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies, dass der Bundesanteil von bisher 25,4 % auf 23 % sinkt. Das ist der tiefste Stand seit der Einführung des SGB II. Bundesweit wurden Mehrbelastungen der Kommunen in Höhe von 2 Milliarden Euro ausgerechnet, die sich durch dadurch ergeben.“ DIE LINKE fordere, dass sich die Bundesbeteiligung zukünftig an der Entwicklung der tatsächlichen Ausgaben orientiere und nicht an der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Der Bundesrat habe sich in seiner Sitzung am 6. November 2009 in einer Stellungnahme ebenfalls entsprechend geäußert. Für [Minister Haseloff](#) steht fest, alles werde richtig gemacht, die Bundesregierung tue nichts Illegitimes, die Landesregierung bedürfe keiner weiteren Aufforderung zum Handeln.

CDU und SPD lehnen den Antrag ab, LINKE und FDP stimmen zu – damit ist er abgelehnt.

### **TOP 20: Gestufte Studiengänge mit Bachelor- und Masterabschlüssen (Drs. 5/2256)**

Die Landesregierung, so fordert es der Antrag, soll den Landtag u.a. darüber unterrichten, wie der erhöhte Betreuungsaufwand für ein Bachelor-Master-Studium bei der Verhandlung und beim Abschluss der neuen Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Land berücksichtigt wird. Zudem soll sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Bundesausbildungsförderung nicht zugunsten eines Stipendiensystems einzuschränken. Dazu erklärt der hochschulpol. Sprecher der LINKEN [Hendrik Lange](#) (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)): „Die Studierenden haben beklagt und beklagen immer noch, dass viele Studiengänge überlastet, dass viele Fächer mit einem Numerus Clausus belegt und dass die Anforderungen des Numerus Clausus zum Teil sehr hoch sind. Sie haben damit ein Stück weit die Gesamtsituation der Hochschulen beklagt, was die Ausfinanzierung und die Stellensituation betrifft. Die Studierenden haben zudem die Frage gestellt, inwieweit die Bachelor- und Masterstudiengänge überhaupt studierbar sind und wie diese Bachelor- und Masterstudiengänge strukturiert sind.“ Es gehe auch darum, wie das Betreuungsverhältnis und der Betreuungsaufwand in den Bachelor- und Masterstudiengängen verbessert werden könne und inwieweit sich dies in den Zielvereinbarungen niederschläge. [Kultusminister Olbertz](#) gesteht zu, es gebe berechtigte Kritik am bisherigen Verlauf des Bologna-Prozesses. Auch er spreche sich für den Ausbau des Bafög-System aus.

CDU, SPD und DIE LINKE stimmen für die Überweisung in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, die FDP lehnt dies ab.

### **TOP 21: Gesetzliche Regelungen zur Entrichtung von Wasserentnahmegebühren schaffen (Drs. 5/2258)**

Mit dem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, gesetzliche Regelungen derart zu schaffen, dass künftige Wasserentnahmegebühren auf dieser Grundlage erhoben werden. Begründet wird dies u.a. so: „Die Einführung einer Wasserentnahmegebühr führt bei den Betroffenen zu bisher nicht kalkulierten Kosten und damit unter Umständen zu erheblichen betriebswirtschaftlichen Konsequenzen. Die Entrichtung von Wasserentnahmegebühren auf gesetzlicher Grundlage zu regeln, ist schon darum vorteilhaft, weil den Betroffenen durch Anhörung bzw. Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren ein Höchstmaß an Mitsprache gewährt

werden kann. Eine solche Anhörung und Mitsprache der Betroffenen ist unter der gegenwärtig angespannten wirtschaftlichen Situation und den Bedingungen des Klimawandels unbedingt geboten.“ Der umweltpol. Sprecher der LINKEN **André Lüderitz** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) betont dazu: „Wir halten die Erhebung eines Wasserentnahmeentgelts durchaus für legitim, allerdings nur auf der Grundlage von klaren gesetzlichen Vorgaben zur Gebührenpflicht, zu den Ausnahmeregelungen, zum Entgeltsatz, zum Verfahren und zur Verwendung. Nur wenn ich das in einer transparenten Form in ein Gesetz gieße, dann kann ich es auch der Öffentlichkeit verkaufen. ... Fakt ist, dass elf Bundesländer eine solche Abgabe erheben, darunter alle Stadtstaaten und alle so genannten Industrieländer bis auf Bayern. ... Wenn die Koalitionsfraktionen meinen, darauf verzichten zu können, dann müssten sie heute zumindest ... deutlich sagen, woher die dann fehlenden 15, 5 Millionen Euro kommen sollen.“

Nur DIE LINKE stimmt dem Antrag zu, die anderen Fraktionen lehnen ihn ab. Die entscheidenden Fragen sind damit aber längst nicht beantwortet ...

## DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung

### TOP 16: [Neustrukturierung der Beratungslandschaft in Sachsen-Anhalt](#) ([Drs. 5/2252](#); [Drs. 5/2283](#); [Drs. 5/2287](#))

Zu diesem Antrag der FDP legt DIE LINKE einen detaillierten [Änderungsantrag](#) vor. Dort geht es u.a. um Beratungsangebote „in einer Hand“ auf kommunaler Ebene, die Einführung einer „kommunalen Sozialpauschale“ sowie die Stabilisierung der Finanzierung der Beratungsstellen. Die sozialpol. Sprecherin der LINKEN **Birke Bull** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) verweist auf eines der zentralen Probleme: „Die Höhe der finanziellen Mittel ist von allen Finanziers Jahr für Jahr schleichend zurückgefahren worden. Wir haben gegen Ende jedes Jahres das Problem von Haushaltssperren und Führungserlassen. Genau genommen werden diese Angebote dadurch auch immer ein Stück weit grundlegend infrage gestellt. Das verunsichert, das schluckt Energie, vor allem die Energie, die eigentlich bei Klientinnen und Klienten sehr viel dringender gebraucht würde. ... Aber auch die Zuständigkeit für die Finanzierung ist außerordentlich fragmentiert. Da gibt es die Landesförderung, die Landkreisförderung, da gibt es Mischfinanzierungen, das gibt es Festbetragsfinanzierungen, da gibt es Fehlbetragsfinanzierungen und vieles mehr.“ DIE LINKE halte es für denkbar, die finanziellen Mittel zu pauschalisieren und - selbstverständlich an einen Zweck gebunden - zu kommunalisieren.

Der Änderungsantrag der LINKEN wird mehrheitlich abgelehnt, die FDP enthält sich. Angenommen wird der [Änderungsantrag der Koalition](#), und in dieser Gestalt wird der so geänderte Ursprungsantrag beschlossen.

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils in den **Redebeiträgen der Abgeordneten** auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

- [Landtagssitzung ab 2009](#)
- [frühere Landtagssitzungen](#)

Und hier: das offizielle [Wortprotokoll des Landtages](#)

## Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

### ⇒ Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

- [Pressemitteilungen seit Januar 2008](#)
- [ältere Pressemitteilungen](#)

⇒ **Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt**

Informationen sind hier zu finden: <http://www.sachsen-anhalt-liebenswert.de/>

**Ganz aktuell:** [Beschluss des Landesparteitages zum Antrag der Landtagsfraktion zum Landesentwicklungsplan und zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik](#)

⇒ **DIE LINKE im Bildungskonvent**

Informationen sind hier zu finden: <http://www.bildungskonvent-dielinke.de/>

## Aktuelle Termine, und Veranstaltungshinweise:

---

- Freitag, 20. November 2009, Berlin  
[Bürgermeister/innenkonferenz der LINKEN](#)
- Samstag, 21. November 2009, Magdeburg / Landtag  
[Workshop für berufliche Bildung](#)
- Sonntag, 22. November 2009, Bitterfeld-Wolfen  
[Stichwahl Oberbürgermeisterin](#)
- Montag, 23. November 2009, Merseburg  
DIE LINKE im Bildungskonvent vor Ort
- Samstag, 28. November 2009, Berlin  
[Bildungstag der LINKEN](#)
- Samstag, 05. Dezember 2009, Bernburg  
Bildungstag „Perspektivwechsel 1989 - Der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS“
- Sonntag, 06. Dezember 2009  
[Friedensweg Colbitz-Letzlinger Heide](#)
- Donnerstag/Freitag, 10./11. Dezember 2009, Magdeburg  
Landtagssitzung

### Weitere Veranstaltungstermine:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- [http://www.linksfraktion.de/termine\\_der\\_fraktion.php](http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php)
- [http://die-linke.de/nc/die\\_linke/termine/](http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/)
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

## Lesetipps:

---

[„Wir dürfen das Land nicht der CDU überlassen“](#)

[Ost-LINKE drängt auf Einwechslung](#)

[Jagd auf Lafontaine](#)

[Eine verhängnisvolle Affäre](#)

[Ramelow beschwört Zukunft ohne Lafontaine](#)

[Vertrauen, Verantwortung und die Würde des Kompromisses](#)

Dokumentiert:

[DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt - Bilanz an den Landesparteitag](#)

[Die schulpolitische Strategie „Step by Step“ der Fraktion DIE LINKE auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule](#)

[Bildung, die ankommt!](#)

### In eigener Sache:

Am 30. Oktober 2009 wurde an alle Leserinnen und Leser dieses Newsletters per Email eine Kurzbefragung versandt. Eine ganze Reihe von Antworten ist zwischenzeitlich eingegangen, es könnten aber deutlich mehr sein ... ! Daher die herzliche Bitte, sich an dieser Kurzbefragung zu beteiligen, die Mühe ist nicht groß, hilft uns aber, den Newsletter noch nutzbringender zu gestalten.

Herzlichen Dank!

Der Download dieser und früherer Ausgaben im PDF-Format ist [hier](#) möglich!

### Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: [fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)  
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: [drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)



[Immer lesenswert!](#)